

Anlage: Maßnahmentabelle

Personenkreis/ Lebenslage	Empfohlene Maßnahme	Zuständigkeit	Stand der Umsetzung
Armut von Kindern und Jugendlichen/ Armut und Migration	Sprachförderung (KiTa, Schule, Migration)		
	<p>Durchgängiges und aufeinander abgestimmtes Sprachförderungskonzept auf dem gesamten Bildungsweg. Evaluation bestehender Programme. Nutzung von Erfahrungen mit bewährten Konzepten. Berücksichtigung von Erst- und Zweitsprache bzw. Förderung von Mehrsprachigkeit. Evaluation von Sprachstandstests (S. 20, 29 alle Fraktionen)</p>	SKB	<p>Die Senatorin für Bildung und Kinder hat ein Sprachbildungskonzept entwickelt. Die Grund- und Oberschulen sind mit der Umsetzung des Konzepts befasst. Im Rahmenplan der Grundschulen ist die Berücksichtigung der Mehrsprachigkeit verankert und soll von Anfang an im Unterricht eine Rolle spielen. Vor Schuleintritt werden alle Kinder mit den Cito-Test (Screening) getestet und der Sprachförderbedarf ermittelt.</p> <p>Zur Zusammenarbeit und der Übergangsgestaltung zwischen Kitas und Grundschulen ist in Bremerhaven ein stadtweites Verbundsystem entwickelt und beschlossen worden. Die ersten Erfahrungen aus der Praxis sind positiv. Eine Evaluation ist in der Umsetzung.</p> <p>Für die Kitas wurde zum 01.08.2015 ein verbindlicher Standard zur alltagsintegrierten Sprachförderung als Querschnittsaufgabe der Fachkräfte eingeführt. Unterstützt wird die Implementierung durch Fortbildungen und Qualifizierungsmaßnahmen. Zu diesem Handlungsfeld fanden verschiedene Fachtage für die Beschäftigten aus dem</p>

Personenkreis/ Lebenslage	Empfohlene Maßnahme	Zuständigkeit	Stand der Umsetzung
			Bereich Kita und Grundschule gemeinsam statt.
	Schnellstmögliche Verdichtung der bisherigen Erkenntnisse im Bereich Sprachförderung zu einem für alle Einrichtungen verbindlichen Sprachförderkonzept zum Schuljahresbeginn 2016/17 (S. 20, CDU)	SKB	Die Sprachförderung der Kinder und Jugendlichen ohne deutsche Sprachkenntnis soll integrativ erfolgen. (Zur Zeit wegen der hohen Zuwanderzahlen und des großen Lehrermangels nur eingeschränkt durchführbar.)
	Gezielte Förderung von Stadtteilen (Sprache) mit den dringendsten Bedarfen; Identifikation anhand von Sozialindikatoren oder schlechten Ergebnissen bei Sprachstandardtests. (S. 20, LINKE)	SKB	Die Kinder, bei denen nach dem cito-Test Förderbedarf identifiziert wurde erhalten vorschulisch und schulisch Förderung. Förderstunden werden nach Sozialindikatoren verteilt.
	Evaluation der bestehenden und sehr unterschiedlichen Sprachförderangebote in Kindertagesstätten und Schulen im Hinblick auf Zeitpunkt, Methodik und Wirksamkeit, insbesondere Prüfung, ob die Tests bereits im ersten Kindergartenjahr durchzuführen sind. Stärkung der alltagsintegrierten Sprachförderung gestärkt und Dokumentation im Rahmen der Entwicklungsdokumentationen (Portfolio) als Prozess. (S. 29, alle Fraktionen)	SKB	Die Wirksamkeit der Sprachförderung nach dem cito-Test wird durch erneute Testung ermittelt. Der cito-Test ist für Kinder der Altersgruppen ausgelegt. Während der Grundschulzeit wird die sprachliche Entwicklung der Kinder mit Hilfe der Entwicklungsübersichten im Fach Deutsch dokumentiert.
Armut von Kindern und Jugendlichen/ Armut und Migration/ Bildung/Beschäftigung/ sozialräumliche Instrumente	KiTA's, Schulen und Bildungseinrichtungen: Zusammenarbeit, Strukturen, Ausbau, Ausstattung und Standards		
	Schulen und Kindertagesstätten in benachteiligten Stadtteilen regelhaft quantitativ und qualitativ bevorzugen und der sozialen Problemlage entsprechend ausstatten. (S. 20, alle Fraktionen)	SKB	Für die Umsetzung der Schulsozialarbeit in den allgemeinbildenden Schulen stehen uns insgesamt 22 Stellen zur Verfügung. Alle Stellen sind mit qualifizierten Erzieher(inne)n

Personenkreis/ Lebenslage	Empfohlene Maßnahme	Zuständigkeit	Stand der Umsetzung
			<p>oder Sozialpädagog(inn)en besetzt. Die Verteilung der Stellen erfolgt auf Grundlage von Sozialindikatoren, so dass Schulen in benachteiligten Stadtteilen einen höheren Stundenanteil erhalten.</p> <p>Einrichtungen des Jugendamtes in sozialbenachteiligten Gebieten erhalten zusätzliche Personalstunden - die Vergabe dieser Stunden wird nach drei Jahren überprüft und neu vergeben.</p>
	Prüfung, inwieweit durch gezielte Maßnahmen soziale Heterogenität in Kindertagesstätten und Schulen gefördert werden kann. (S. 20, alle Fraktionen)	SKB	Das Wunsch- und Wahlrecht der Eltern ist bundesgesetzlich geregelt und findet Anwendung.
	Lehrerinnen und Lehrer in ärmeren Stadtteilen von der Unterrichtsverpflichtung entlasten, deutliche Aufstockung des Lehrpersonals in diesen Stadtteilen. (S. 20, LINKE)	SKB	Land
	Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern, Lehrerinnen und Lehrern und Konzepte der Bildungseinrichtungen an gestiegene Anforderungen im erzieherischen Bereich und in der Betreuung anpassen. (S. 21, alle Fraktionen)	SKB	Das Amt für Jugend, Familie und Frauen ist Mitglied in der Schulkonferenz und im Ausbildungsbeirat. Hier werden die praxisrelevanten Themen eingebracht.
	Mehr personelle Ressourcen in benachteiligten Stadtteilen, um sozialpräventive Tätigkeit der Schulen zu verbessern, Personalmix ausbauen. (S. S. 21, S. 40, alle Fraktionen)	SKB	Land
	Aufnahme der Punkte „Armutsbekämpfung“ und „Armutsprävention“ in den noch zu erstellenden Rahmenplan Bildung.(S. 21, alle Fraktionen)	SKB	Land
	Elternunterstützung und „Elternkompetenz“ der Kitas und Schulen verbessern (S. 21, alle Frakt.)	SKB	Das LFI hat den Auftrag, unterrichtendes und nichtunterrichtendes Personal an Schulen

Personenkreis/ Lebenslage	Empfohlene Maßnahme	Zuständigkeit	Stand der Umsetzung
			<p>fortzubilden bzw. die Schul- und Personalentwicklung zu unterstützen. Deshalb gab es schon Einzelseminarangebote in Kooperation mit dem ZEB, ansonsten werden Eltern indirekt durch die Fortbildungen des schulischen Personals zu Elternarbeit, Elterngesprächen etc. unterstützt.</p> <p>In den Kitas sind zur Arbeit mit den Eltern verbindliche Standards erlassen. Diese werden durch Fortbildungen und Fachkräftetreffen fachlich unterstützt.</p>
	<p>Unterstützende Angebote für Kinder aus Familien mit sozialen Problemlagen so früh wie möglich beginnen und ausbauen. (S. 30, alle Fraktionen)</p>	<p>SKB</p>	<p>Im Rahmen der Präventionskette Bremerhaven wurden durch das Amt für Jugend, Familie und Frauen frühe, unterstützende Angebote ausgebaut: Willkommen an Bord – Informationen für alle Familien und Hausbesuche auf freiwilliger Basis; zehn Familienzentren in sozial benachteiligten Ortsteilen wurden eingerichtet (s.u. Familienzentren); Familienbildungs- und frühförderprogramme Schritt für Schritt, Opstapje und HIPPY werden durchgeführt und richten sich insbesondere an Familien mit sozialen Problemlagen sowie Familien mit Migrationshintergrund; Familie im Stadtteil fördert nachbarschaftliche Unterstützung durch pädagogisch angeleitete Laien-Helfer/innen; wellcome und MitKids-Patenschaften begleiten ehrenamtlich Familien mit Kindern; Schule für Eltern (28 Plätze) unterstützt Eltern/Alleinerziehende im AlgII-Bezug in Fragen der Berufsorientierung und</p>

Personenkreis/ Lebenslage	Empfohlene Maßnahme	Zuständigkeit	Stand der Umsetzung
			Berufseinmündung sowie Kindererziehung; Elternkurse zu Kommunikation und Kindererziehung werden an unterschiedlichen Standorten in Bremerhaven durchgeführt und richten sich an Familien mit Kindern jeden Alters.
	Angebot an Ganztagschulen insbesondere in benachteiligten Stadtteilen quantitativ und qualitativ ausbauen. (S. 21, alle Fraktionen)	SKB	Durch die Bereitstellung von Bafög-Mitteln konnten die Teilnehmer/innenzahlen im Bereich der offenen Ganztagschulen erhöht werden. An den zuletzt eröffneten GTS am Schulzentrum CvO- Oberschule und der Oberschule Geestemünde wird wie geplant jedes Jahr ein zusätzlicher und dann hochwachsender Ganztagsschuljahrgang eingerichtet.
	Ausweitung der Kindertagesbetreuung in benachteiligten Quartieren im Sinne einer aufholenden Entwicklung. Gesetzliche Garantie des Mindestbetreuungsanspruchs von 6 Stunden auch im U3-Bereich. Gewährleistung unterjähriger Aufnahmen und Flexibilisierung von Betreuungszeiten. Garantierter Mittagstisch in den Einrichtungen. Perspektivisch: Bedarfsprüfung überflüssig machen, allgemeiner Rechtsanspruch auf eine Ganztagsbetreuung für alle Kinder (S. 21, alle Fraktionen)	SKB	Politisch ist die Umwandlung von Halbtagsgruppen (4,5 Stunden) zu Teilzeitgruppen (6 Stunden) beschlossen. In wenigen Einrichtungen war dies auf Grund von den dort gegebenen Küchenkapazitäten bisher nicht umsetzbar.
	Deutlicher quantitativer und qualitativer Ausbau von Kindertagesstätten und Ganztagschulen gerade in ärmeren Stadtteilen. Möglichst betriebsnahe Versorgung mit Betreuungsangeboten. (S. 59, alle Fraktionen)	SKB	Zwar wurden in der Stadt Bremerhaven in den vergangenen Jahren jetzt insgesamt 791 Plätze für Kinder unter drei Jahren in Einrichtungen geschaffen, jedoch ist durch die stetig steigende Kinderzahl die notwendige Versorgungsquote nicht erreicht – sie liegt derzeit bei rd. 26% (incl. Tagespflege)

Personenkreis/ Lebenslage	Empfohlene Maßnahme	Zuständigkeit	Stand der Umsetzung
			<p>Auch sinkt durch die steigende Kinderzahl die Versorgungsquote im Bereich 3 – 6 Jahren von ehemals rd 98 % auf rd 90%. Zum Berichtzeitpunkt stehen keine freien Kitaplätze zur Verfügung. Eine Ausweitung des Angebotes wird derzeit umgesetzt.</p> <p>Die Anzahl an GTS im Primar- und Sekundarbereich I ist unverändert. Die politische Beschlusslage sieht zurzeit keine zusätzlichen Ganztagschulen vor.</p>
	Mehr Transparenz für Eltern über die Qualität in Kindertageseinrichtungen („Kita-TÜV“). (S. 22, CDU).	SKB	Durch die Einführung von verbindlichen Mindeststandards in den Kita ist hier in den Jahren 2012 bis 2015 eine positive Entwicklung eingeleitet
	Keine Bedarfsprüfung für arbeitssuchende Alleinerziehende (Modellprojekt) , (S. 22, 43, 51, 59 CDU)	SKB	
	Weitgehend verpflichtendes und kostenloses Vorschuljahr für Kinder, denen absehbar die Fähigkeit fehlen wird, dem Unterricht nach Abschluss des 3. Kindergartenjahres wird zu folgen S. 22, 42 CDU).	SKB	Hierfür liegen keine politischen Beschlüsse vor
	Aufhebung der Bedarfsprüfung in Bremer Kindertageseinrichtungen und Krippen; Änderung des Aufnahmeortsgesetzes. (S. 22, 43, 52, 59 LINKE)	SKB	
	Ausbau der Kindertagesstätten zu Kinder- und Familienzentren gerade in benachteiligten Wohngebieten (sozialarbeiterische Kompetenz, starke Sozialraumorientierung). Bessere Verzahnung von Kindertagesstätten und Schulen, Einbeziehung der Ressorts Soziales, Bildung und Gesundheit. (S. 23, 64, alle Fraktionen)	SKB, SWGV, SJFIS	Die Grundschulen und Kindertageseinrichtungen Bremerhavens arbeiten in einer festen verbindlichen Struktur zusammen. Das Thema Sprachförderung wird in gemeinsamen Fortbildungsveranstaltungen bearbeitet.

Personenkreis/ Lebenslage	Empfohlene Maßnahme	Zuständigkeit	Stand der Umsetzung
			In benachteiligten Ortsteilen Bremerhavens sind insgesamt 10 Familienzentren in Betrieb als niederschwellige Anlaufstellen mit Lotsenfunktion für Eltern und Kinder. Die Familienzentren kooperieren mit benachbarten Kindertagesstätten und anderen Einrichtungen im Sozialraum. Sie bieten Eltern-Kind-Gruppen, offene Beratung, Elternkurse sowie unterschiedliche Eltern-Kind-Aktivitäten an. Zwei Familienzentren haben eine spezifische Ausrichtung: a) Umweltbildung und b) Beratung von Familien im AlgII-Bezug gemeinsam durch Jobcenter und Jugendamt.
	Ausweitung der Versorgung mit Plätzen in der Kindertagesbetreuung in benachteiligten Quartieren im Sinne einer aufholenden Entwicklung. (S. 21, 42, alle Fraktionen)	SKB	Die Bedarfsplanung erfolgt stadtweit und berücksichtigt alle Statteile.
	Bei der Aufnahme einer Ausbildung oder Erwerbstätigkeit dürfen Kinderbetreuungspflichten kein Hindernis sein. (S. 51, alle Fraktionen)	SKB/SWAH	
	Weitere Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf (Eckpfeiler: flexible Kinderbetreuungsmodelle, Einführung familiengerechter Arbeitsstrukturen). (S. 59, alle Fraktionen)	SKB, SWAH	Hier sind erste Modelle durch das Amt für Jugend, Familie und Frauen entwickelt und umgesetzt. Dies entspricht weitgehend der Nachfrage.
	Prüfung für Kindertagesstätten, deren Räumlichkeiten z.B. nicht für eine differenzierte Betreuung, Elterngespräche oder Mitarbeiteräume ausreichen, wie diese zur Verfügung gestellt werden können. Möglichst Einplanung einer Sporträumlichkeit beim Neubau von Kindertagesstätten bzw. Kinder-, Familien- und Quartierszentren.	SKB	Bei umgesetzten Maßnahmen ist dies erfolgt und wird auch bei folgenden Maßnahmen eingeplant.

Personenkreis/ Lebenslage	Empfohlene Maßnahme	Zuständigkeit	Stand der Umsetzung
	(S. 64, alle Fraktionen)		
	In Kindertagesstätten Strukturen schaffen, die absichern, dass die Erzieherinnen und Erzieher in benachteiligten Wohngebieten ihren zusätzlichen Aufgaben, besonders der aufwändigeren Kinder- und Elternarbeit gerecht werden können. Gezielte Prävention gegen gesundheitliche Risiken (angemessener Vertretungspool in Kinderbetreuungseinrichtungen). (S. 64, alle Fraktionen)	SKB, SWGV	Ein Vertretungspool wird den Trägern schon dauerhaft zur Verfügung gestellt. Die Qualitätsentwicklung ist Trägerverpflichtung nach SGB VIII.
	Verstärkung der interkulturellen Qualifizierung des pädagogischen Personals sowohl in Kindertagesstätten als auch in Schulen. Trainings für mehr interkulturelle Kompetenz (Bsp. AFZ). Analyse, wie und wie stark Rassismus zu Armut beiträgt. Entwicklung von Strategien gegen Rassismus, (S. 30, alle Fraktionen)	SKB	Die DAZ-Qualifizierung des LFI beinhaltet auch die interkulturelle Kompetenz. Außerdem stellen wir Angebote zur interkulturellen Kommunikation bereit. Zu den Strategien gegen Rassismus haben und hatten wir Angebote zu Salafismus und Antiziganismus im Programm. Das Handlungsfeld wird auch vom Amt für Jugend, Familie und Frauen bei der Fortbildungsplanung und Umsetzung berücksichtigt.
	Thematisierung und Vermeidung von Ausgrenzung und Diskriminierung von Menschen mit Migrationshintergrund. (S. 31, alle Fraktionen)	SKB	Es besteht ein Integrationskonzept der Stadt Bremerhaven Seit 2010 bietet das LFI intensiv Veranstaltungen zur Inklusion, inklusiven Schule, inklusiven Stadt usw. an. Dabei setzen wir auch einen Schwerpunkt auf die Haltung und Persönlichkeitsbildung der Teilnehmenden. Beides wirkt antidiskriminierend. Unter

Personenkreis/ Lebenslage	Empfohlene Maßnahme	Zuständigkeit	Stand der Umsetzung
			Inklusion haben von vornherein nicht nur den Umgang mit Beeinträchtigung, sondern u. a. auch Interkulturalität verstanden.
	<p>Weitere Stärkung der Ausstattung von Bildungseinrichtungen, insbesondere im Bereich der frühkindlichen Bildung und gezielt in sozialen Problemlagen (Prüfung des Einsatzes von „Bafög-Mitteln“).</p> <p>Evaluation der Ausstattung der Ressourcen von Schulen und Kindertagesstätten insgesamt.</p> <p>Schnellstmöglicher Ausbau von Ganztagschulen, insbesondere in der gebundenen Form.</p> <p>Sicherstellung der Lernmittelfreiheit.</p> <p>Abschaffung des Kooperationsverbots auch im allgemeinen Bildungswesen.</p> <p>(S. 39, alle Fraktionen)</p>	SKB	<p>Im Grundschulbereich sind lediglich 3 Schulen in besonderen sozialen Problemlagen als gebunden Ganztagschule ausgebaut worden. Die Allmersschule und die Fichteschule haben kein Ganztagsangebot, Pestalozzi-, Markt, Fritz-Reuter- Schule werden lediglich als offene Ganztagschulen geführt.</p> <p>Alle Grundschulen und 2 Oberschulen (Schule am Ernst-Reuter-Platz und Oberschule Geestemünde) in besonderer sozialer Problemlage profitieren von den Bafög-Mitteln, die zur Umsetzung von Sprachbildungskonzepten verwendet werden.</p>
	<p>Überprüfung und Flexibilisierung von Standards, z.B. Klassenfrequenzen, Unterrichtsverpflichtung insbesondere für sozial schwierige Bereiche (Entlastung der Lehrkräfte). Schaffung von Kompetenzen, Zeit und Ressourcen zur sozialen und allgemeinen Unterstützung der Schülerinnen und Schüler, Kinder und Jugendlichen (multikompetente Schule). Sozialindikatoren evaluieren und kleinräumige Indikatoren berücksichtigen. (S. 40, CDU)</p>	SKB	Land
	<p>Gezielte Förderung von Bildungseinrichtungen in ärmeren Stadtteilen. Quantitativ und qualitativ bessere und bedarfsgerechte Ausstattung von Schulen und anderen Bildungseinrichtungen.</p> <p>Entlastung von Lehrerinnen und Lehrern in ärmeren Stadtteilen von der Unterrichtsverpflichtung. Deutliche Aufstockung</p>	SKB	Land

Personenkreis/ Lebenslage	Empfohlene Maßnahme	Zuständigkeit	Stand der Umsetzung
	des Lehrpersonals in diesen Stadtteilen. Kriterien zur Steuerung der Ressourcen dringend überprüfen.(S. 40, LINKE)		
	Überprüfung der „Schule von heute“ und ggf. Konzeption einer „Schule von Morgen“ (qualitativ und pädagogisch). Verstärkte Einbeziehung und Integration der Arbeit von Jugendhilfeträgern. Einbeziehung überregionaler Anregungen und Erfahrungen („Bench-Marks“). (S. 40, alle Fraktionen)	SKB, SJFIS	Das vorliegenden Schulentwicklungs-Konzept wird umgesetzt. Durch die kommunale Schuldnerberatung wird ein Konzept erprobt, im Rahmen der Präventionsarbeit an Schulen altersorientierte Unterrichtsseminare zum Thema Umgang mit Geld, Verschuldungsrisiko u. Wege aus der Verschuldung durchzuführen.
	Stärkere Einbindung von Menschen mit Migrationserfahrung in die Bildungsarbeit. Diskriminierungsfreie Gestaltung der Übergänge in die berufliche Ausbildung bzw. den Beruf. (S. 40 f., alle Fraktionen)	SKB	Durch eine individuelle Beratung werden Anschlussmöglichkeiten erarbeitet und passgenau vorgenommen. Schon jetzt findet eine sehr gute Verzahnung der Schüler*innen im Sprachkurse mit der Berufspädagogischen Beratungsstelle statt.
	Menschen mit Migrationshintergrund in das Lehramt und in die sozialen Berufe: Entwicklung weiterer Programme (Bsp. „Fit U3“). (S. 31, alle Fraktionen)	SKB, SJFIS	Land
	Entwicklung von „Leuchtturmprojekten“ zur Förderung der Attraktivität, z.B. von Schulen und Kindertagesstätten in sozialen Brennpunkten. (S 41, alle Fraktionen)	SKB	Die Astrid-Lindgren-Schule mit der Kita Frenssenstr. im Hause und dem gemeinsamen Projekt mit dem Amt für Kinder und Jugend , der Hoppe-Tosse, die Kinder mit sozialeotionalen Schwierigkeiten begleitet und deren Eltern in ihrem Erziehungsverhalten so unterstützt, dass Lernen in der Schule sich erfolgreich entwickeln kann.
	Verbesserung der Zusammenarbeit von Kindertagesstätten und Grundschulen auf	SKB	Eine verbindliche strukturelle Zusammenarbeit ist in Bremerhaven gegeben. In einem ersten

Personenkreis/ Lebenslage	Empfohlene Maßnahme	Zuständigkeit	Stand der Umsetzung
	Grundlage des noch zu erstellenden Rahmenbildungsplans (Kinder von 0-10 Jahren; besondere Berücksichtigung der Sprachförderung/Durchgängigkeit von der Kindertagesstätte bis einschließlich der weiterführenden Schulen). Evaluation der Sprachstandserhebung. (S. 42, alle Fraktionen)		<p>Konzept zur sprachlichen Bildung wurde der Stand der Fördermaßnahmen beider Einrichtungen beleuchtet und gemeinsame Fortbildungsinhalte aufgeführt.</p> <p>Zur Zusammenarbeit und der Übergangsgestaltung zwischen Kitas und Grundschulen ist in Bremerhaven ein stadtweites Verbundsystem entwickelt und beschlossen worden. Die ersten Erfahrungen aus der Praxis sind positiv. Eine Evaluation ist in der Umsetzung.</p> <p>Für die Kitas wurde zum 01.08.2015 ein verbindlicher Standard zur alltagsintegrierten Sprachförderung als Querschnittsaufgabe der Fachkräfte eingeführt. Unterstützt wird die Implementierung durch Fortbildungen und Qualifizierungsmaßnahmen.</p> <p>Zu diesem Handlungsfeld fanden verschiedene Fachtage für die Beschäftigten aus dem Bereich Kita und Grundschule gemeinsam statt.</p>
	Evaluation der Wirksamkeit von Instrumenten der sozialen und bildungspolitischen Interventionen bzw. Maßnahmen (Vergleich zwischen Schulen/Verallgemeinerung von Projekten). (S. 43, alle Fraktionen)	SKB	Land
	Intensivierung der Förderung der kulturellen Bildung, insbesondere in benachteiligten Stadtteilen neben qualifizierenden und schulischen Bildungsangeboten. (S. 43, alle Fraktionen)	SfK, SKB	Das neu eingerichtete Koordinationsbüro Kulturelle Bildung am LFI fördert als zentrale Einrichtung an der Schnittstelle Schule und Kultur(schaffende) den Zugang für gerade sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche zu kultureller Bildung in der Stadt.

Personenkreis/ Lebenslage	Empfohlene Maßnahme	Zuständigkeit	Stand der Umsetzung
	Beseitigung von Rollenklischees und –stereotypen in Schule und Beruf: Für sog. MINT-Fächer und das Handwerk mehr Mädchen und Frauen gewinnen; mehr männliche Erzieher und Grundschullehrer gewinnen, Jungen und Männer für Berufe im sozialen Bereich interessieren; frühzeitige Weichenstellung in Schule und beruflicher Bildung (S. 62, alle Fraktionen)	SKB, SWAH, SJFIS	<p>Durch Programm „Rent a teacherman“ mit der Uni Bremen werden männliche Studenten in Bremerhavener Grundschulen eingesetzt.</p> <p>Berufsorientierung (BO) in Schule findet genderorientiert statt. Es ist Aufgabe der BO auf stereotype Berufswahlentscheidungen aufmerksam zu machen und junge Menschen für klischeebehaftete Berufsfelder zu sensibilisieren. Die JBA koordiniert und unterstützt die BO mittels Einbindung verschiedener Fachkräfte aus Berufsberatung und Berufsbildender Schule. In individuellen Beratungsprozessen werden die jungen Menschen interessens- und stärkenorientiert auf die Berufswahl vorbereitet.</p> <p>Es erfolgt eine Beteiligung der Kitas am „boysday“ und die Umsetzung des Bundesprogramms „Mehr Männer in Kitas“ – hieraus hat sich eine Fachkräftegruppe entwickelt um diese Thematik nachhaltig zu bearbeiten.</p>
	Prüfung, ob bei Neugestaltung der Kinderbetreuungsgebühren zur Feststellung des Haushaltseinkommens das Nettoeinkommen heranzuziehen ist. (S. 62, alle Fraktionen)	SKB	
	Bei Neugestaltung der Kinderbetreuungsgebühren dürfen das Kindergeld und andere familienpolitische Leistungen zur Feststellung des Haushaltseinkommens nicht berücksichtigt werden (S. 62, CDU)	SKB	

Personenkreis/ Lebenslage	Empfohlene Maßnahme	Zuständigkeit	Stand der Umsetzung
Armut von Kindern und Jugendlichen	Kinderarmut/Kindergrundsicherung		
	Entwicklung und Umsetzung eines abgestimmten und langfristig orientierten Rahmenkonzepts „Kinderarmut“ (S. 23, CDU, LINKE)	SKB, SJFIS	
	Mittelfristig: Kindergrundsicherung, bei der jedes Kind unabhängig vom Einkommen seiner Familie die gleiche finanzielle Unterstützung vom Staat erhält (direkte und existenzsichernde Kinderförderung). (S. 24, SPD, Grüne, LINKE).	SKB, SJFIS	
Armut und Bildung, Armut und Beschäftigung	Junge Erwachsene, Berufsvorbereitung		
	Schnellstmögliche Etablierung der Jugendberufsagentur. (S. 41, alle Fraktionen)	SWAH SJFIS	Die Partner der JBA Bremerhaven arbeiten rechtskreisübergreifend gemeinsam unter einem Dach und in den Gremien stets konsensorientiert. Fokussiert werden gemeinsame Vermittlungs- und Beratungsaktionen sowie eine abgestimmte Öffentlichkeitsarbeit. Die Ansprache an junge Menschen gelingt durch Aktivitäten im Netzwerk. Die Übergangsgestaltung in den Beruf bildet den Mittelpunkt aller Planungen und Umsetzungsvorhaben. Die JBA etabliert sich durch Präsenz vor Ort. Nach dem Grundsatzbeschluss durch den Magistrat hat die Jugendberufsagentur Bremerhaven im Mai 2015 mit der Arbeit begonnen (Federführung Land)
	Sanktionsfreiheit für junge Erwachsene. (S. 41, 50, SPD, Bündnis 90/Die Grünen/CDU)	SWAH	Die Partner der JBA haben sich zur sanktionsfreien Arbeitsweise verpflichtet.

Personenkreis/ Lebenslage	Empfohlene Maßnahme	Zuständigkeit	Stand der Umsetzung
	Option der Zusammenfassung von Personal und Ressourcen in einer geschlossenen Struktur unter einer Ressortverantwortung bei Schaffung der Jugendberufsagentur nicht ausschließen. (S. 41, 50, CDU)	SWAH	
	Sanktionsfreiheit für junge Erwachsene, die im Zusammenhang mit der Jugendberufsagentur vermittelt werden. Jugendberufsagentur soll wie die Jobcenter dezentrale Angebote vorhalten. (S. 41, 50, DIE LINKE)	SWAH	
	Den Berufsbezug und die praktischen Unterrichtsanteile in der Sekundarstufe I weiter erhöhen (S. 42, alle Fraktionen)	SKB	Die Umsetzung der BO an Oberschule und Gymnasium erfolgt mittels der geltenden Richtlinie zur Berufsorientierung. Die Schulstandorte arbeiten anhand standortspezifischer BO-Konzepte, die den Berufsbezug sowohl im Unterricht als auch in den Praxisphasen sicherstellen. Die Einbindung von Unternehmen geschieht durch Schulnetzwerke. Die JBA koordiniert diesen Bereich und baut ihn durch das Hinzuziehen der Partner der JBA weiter aus. Die Beteiligung der Kammern ist gesichert.
	Profilierung von Schwerpunkten in den Zielen von Oberschulen (berufliche Ausbildung) und Gymnasium (Studium). Verbesserung des Berufsbezugs und der Zusammenarbeit mit Unternehmen besonders in Oberschulen. (S. 42, CDU)	SKB	Sowohl in den Oberschulen als auch im Gymnasium findet eine intensive Form der Berufsorientierung/Studienorientierung statt. Einzelne Oberschulen führen hauseigene Bildungsmessen mit ortsansässigen Betrieben statt. Alle Schulen nutzen Betriebe für die Schulpraktika. Der „Talentpool“ in Zusammenarbeit mit dem Netzwerk Schule, Wirtschaft & Wissenschaft stellt eine weitere enge Zusammenarbeit dar. Durch die Jugendberufsagentur entsteht durch

Personenkreis/ Lebenslage	Empfohlene Maßnahme	Zuständigkeit	Stand der Umsetzung
			Beratungsstunden von Berufsschullehrkräften eine engere Verzahnung zwischen den Schulstufen.
	Ausbildungsgarantie und erfolgreiche Etablierung einer Jugendberufsagentur. (S. 50, alle Fraktionen)	SWAH	Die Umsetzung der Ausbildungsgarantie hat direkten Einfluss auf die JBA und andersherum. Die Ergebnisse der Planungen beeinflussen sich positiv. Die Bereitstellung zusätzlicher Ausbildungsplätze, auch für spezifische Personengruppen, ist essentiell für die Beratung und Vermittlung vor Ort in der JBA, aber insbesondere für die jungen Menschen. Unter Federführung des Land findet die Aktion „Zukunft Bremerhaven“ statt.
	Ausbildungsplatzabgabe (S. 51, DIE LINKE)	SWAH	
	Kinder- und Jugendschutz, aufsuchende und nachhaltige Jugendarbeit, Unterhaltsvorschuss		
Armut von Kindern und Jugendlichen, Armut und Migration / Beschäftigung	Intensivierung der aufsuchenden und stadtteilbezogenen Jugendarbeit in ärmeren Stadtteilen und zeitgemäße Ausstattung nach inklusiven Gesichtspunkten. Prüfung, inwieweit in diesem Bereich ein höherer Haushaltsansatz notwendig ist, (S. 22, alle Fraktionen)	SJFIS	Mehrbedarfe wurden bei der Haushaltsaufstellung beantragt aber nicht berücksichtigt
	Ausweitung und Weiterentwicklung von Angeboten im Rahmen der aufsuchenden Frühförderung, um Barrieren abzubauen, die z.B. einer Anmeldung in einer Krippe oder Kita im Wege stehen (Bsp. mehrsprachige Anrede /	SKB	

Personenkreis/ Lebenslage	Empfohlene Maßnahme	Zuständigkeit	Stand der Umsetzung
	<p>kultursensible Kontaktaufnahme zu Eltern / kompensatorische Sprachförderung im Erwachsenenalter).</p> <p>Ausbau der aufsuchenden Bildungs- und Sozialarbeit</p> <p>Verbindlichkeiten erhöhen, bestehende Instrumente evaluieren.</p> <p>Einfordern und Unterstützen der Mitwirkung von Eltern (Besuch von / aktive Zusammenarbeit mit Einrichtungen). (S. 30, alle Fraktionen)</p>		
	<p>Jugendfreizeitheimen nachhaltig und langfristig planbar voll ausfinanzieren. (S. 22, LINKE)</p>	SJFIS	<p>Mehrbedarfe wurden bei der Haushaltsaufstellung beantragt aber nicht berücksichtigt</p>
	<p>Verbesserung des Kinder- und Jugendschutzes fortführen (Kooperationen).</p> <p>Verstärkung der Begleitung werdender Mütter, besonders für Frauen mit sozialen Risiken.</p> <p>Einsatz von Familienhebammen weiter ausbauen.</p> <p>Arbeit an der Verringerung von Fallzahlen der Casemanagerinnen und Casemanager. (S. 22, alle Fraktionen)</p>	SJFIS, SWGV	
	<p>Prüfung, ob bei den Unterhaltsvorschüssen eine Verlängerung des Bezugs möglich ist, dies sowohl bezüglich der Aufhebung der Altersgrenze als auch bei der 6-jährigen Befristung. (S. 62, alle Fraktionen)</p>	SJFIS	
<p>Armut und Migration/ Armut und Beschäftigung</p>	<p>Wirtschaft und Arbeitsmarkt: Zugang zum Arbeitsmarkt, Abbau von Hürden, Verbesserung der Nachfrage, Aspekte der</p>		

Personenkreis/ Lebenslage	Empfohlene Maßnahme	Zuständigkeit	Stand der Umsetzung
	Zusammenarbeit		
	Abbau von Hürden, die einen Eintritt in den Arbeitsmarkt verhindern oder erschweren. Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen vereinfachen. Zentrale Anerkennungsberatung. Prüfung eines Stipendienprogramms ähnlich des Hamburger Programms zur Förderung ausländischer Qualifikationen oder Prüfung anderer Formen verbindlicher Unterstützung (S. 32, 52, alle Fraktionen)	SWG SWAH	Im Rahmen des Berufsqualifikationsprogramms „Kompass“ werden durch die kommunale Schuldnerberatung mit positiver Resonanz wöchentliche Klassenseminare zum Thema Umgang mit Geld, Haushaltsbuchführung, Schuldenvermeidung und Schuldenabbau durchgeführt um die Hemmschwelle zur Annahme fachlicher Hilfe bei jungen Erwachsenen ohne Schulabschluss, die oftmals bereits verschuldet sind, zu senken. Begleitend dazu werden Einzelgespräche und Unterstützung auf freiwilliger Basis zur individuellen Schuldenregulierung angeboten. Bremerhaven hat in der Arbeitsförderungs-Zentrum im Lande Bremen GmbH eine eigene Anlaufstelle für Anerkennungsberatung (Übernahme Mietkosten durch Stadt Bremerhaven)
	Generelle Übernahme der Kosten für Nachqualifikationskurse durch das Land. (S. 32, 52 DIE LINKE)	SWAH SJFIS SKB	
	Erprobung von Instrumenten gegen Diskriminierung (Bsp.: anonymisiertes Bewerbungsverfahren bei SF) als Pilotprojekte (S. 32, alle Fraktionen).	SWAH, SF	
	Beibehaltung und ggf. Verstärkung von Anstrengungen, Menschen mit Migrationshintergrund in Bremen und Bremerhaven für den öffentlichen Dienst zu gewinnen (S. 32, alle Fraktionen)	SF	2014 und 2015 haben Personalamt, Feuerwehr und Polizei in Bremerhaven mit einem Informationsstand an dem „Deutschen Diversity-Tag“ teilgenommen. Dabei handelt es sich um eine vom Bundesministerium für Arbeit

Personenkreis/ Lebenslage	Empfohlene Maßnahme	Zuständigkeit	Stand der Umsetzung
			und Soziales geförderte bundesweite Aktion des Charta der Vielfalt e.V., zu der alle Schulen in Bremerhaven und dem Umland eingeladen wurden.
	Weitere Reduzierung von sog. Kettenduldungen (Ermessensspielräume). (S. 33, alle Fraktionen)	SI	Die Zahl der Kettenduldungen wurde in den vergangenen Jahren kontinuierlich auf ein Mindestmaß reduziert.
	Abschaffung von Kettenduldungen, Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes, stattdessen Verankerung der Leistungen für alle des Sozialschutzes bedürftigen Migrantinnen und Migranten in der Grundsicherung. (S. 33, SPD, Bündnis 90/Die Grünen/DIE LINKE)	SI SJFIS	Dabei handelt es sich um eine Bundesangelegenheit.
	Vereinfachung von Zugängen zum Arbeits- und Ausbildungsmarkt; schnellere Klärung der aufenthaltsrechtlichen Situation und Vermeidung jahrelanger Unsicherheiten durch Kettenduldungen. (S. 33, CDU)	SWAH, SI	Durch Evaluation der Beschäftigungsverordnung ist es ermöglicht worden, dass Betroffene nach 3 Monaten mit Zustimmung der Ausländerbehörde eine Arbeit aufnehmen können.
	Diskriminierungsfreier Zugang zum Arbeitsmarkt: Zugangsbarrieren für die Beschäftigung weiter konsequent abbauen (öffentlicher Dienst und Privatwirtschaft). Besonders jungen Flüchtlingen die Chance zur Ausbildung und zu einer Berufsperspektive eröffnen (S. 52, alle Fraktionen)	SWAH SJFIS	Berufliche Beratung und Arbeitsvermittlung für Flüchtlinge erfolgt durch die Arbeitsförderungs-Zentrum im Lande Bremen GmbH, Angebot gefördert durch Bremer und Bremerhavener IntegrationsNetz
	Nachfrage des Arbeitsmarktes nach Arbeitskräften weiter stärken. (S. 48, alle Fraktionen).	SWAH	
	Generell Verstetigung von arbeitsmarktpolitischen Projekten / der Projektförderung. Einfachere und flexibel handhabbare Gestaltung von Bestimmungen. (S. 48, alle Fraktionen)	SWAH	In Zuständigkeit des Landes wurde diese Maßnahme bisher nicht umgesetzt, in der Kommune Bremerhaven abhängig von Haushaltsmitteln, noch keine Verstetigung
	Engere Verzahnung und Vernetzung von	SWAH	In Bremerhaven arbeiten die Agentur für Arbeit

Personenkreis/ Lebenslage	Empfohlene Maßnahme	Zuständigkeit	Stand der Umsetzung
	kommunalen Maßnahmen im Bereich Arbeitsmarktpolitik und Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit; gemeinsame Entwicklung von Strategien gegen Langzeitarbeitslosigkeit, die quartiersbezogen und mit den einzelnen Ressorts verzahnt sind. Vorschlag: Benchmarking und Zusammenarbeit mit anderen Kommunen, Bsp. Dortmund. (S. 48, alle Fraktionen)		und das JC Bremerhaven eng mit der Stadt zusammen und stimmen die Arbeitsmarktprogramme, insbesondere die Aufteilung des Eingliederungstitels, gemeinsam ab. Gründung des „Bremerhavener Modells“ – Beratung von Familien im SGB II Bezug
	Strategien entwickeln, die alters- und altersgerechtes Arbeiten ermöglichen und frühzeitiges Ausscheiden aus Erwerbstätigkeit vermeiden (armutsfeste Rente). (S. 49, alle Fraktionen)	SWAH SJFIS	Das Personalamt bietet interne Fortbildungsveranstaltungen für die Gesamtverwaltung an zu den Themen Alter und Erhalt der Arbeitskraft sowie Resilienztraining. Gegen Kostenbeitrag wird eine Shiatsu-Massagebehandlung in den Räumlichkeiten des Magistrats angeboten. Zur betrieblichen Gesundheitsförderung besteht für die Beschäftigten der Stadthäuser 1-5 nach Anmeldung das Angebot, montags mittags kostenfrei an der „Bewegungspause Rückenfit“ in der Turnhalle neben Stadthaus 5 teilzunehmen.
	Gezielte Beteiligung der Wirtschaft und der Personalverantwortlichen der Betriebe (geeignete Maßnahmen und gezielte Information an Arbeitgeberseite). (S. 49, alle Fraktionen)	SWAH	Bei der Arbeitsförderungs-Zentrum im Lande Bremen GmbH läuft mit kommunaler Förderung seit Jahren das Projekt „Erweiterung der Angebote im Rahmen der Beratung von kleinen und mittleren Unternehmen“. Im Rahmen dieser Maßnahme werden die personalverantwortlichen der Betriebe bei der Stellenbesetzung, Weiterbildung von Beschäftigten, Ausbildung und Fördermöglichkeiten beraten.
	Leiharbeit einschränken (soll grundsätzlich zeitlich	SWAH	Dabei handelt es sich um eine politische

Personenkreis/ Lebenslage	Empfohlene Maßnahme	Zuständigkeit	Stand der Umsetzung
	befristet sein). Atypische Beschäftigung zurückdrängen, prekäre Beschäftigung einschränken. Allgemeinverbindliche Tarifverträge (Bsp. Dienstleistungssektor). (S. 49, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE)		Aufgabe.
	Begrenzung und Reduzierung der Zahl der „Minijobs“ (Bsp.: Umwandlung in Tätigkeiten in Teilzeitarbeit; Einbeziehung von Erfahrungen anderer Jobcenter wie Dortmund). (S. 49, alle Fraktionen)	SWAH	
	Werkverträge: Kein Ersatz für reguläre unselbständige Tätigkeiten, sondern Instrument freiberuflicher Arbeit. (S. 49, alle Fraktionen)	SWAH	
	Anhebung des Mindestlohns. (S. 48, DIE LINKE)	SWAH	
Armut und Beschäftigung	Langzeitarbeitslosigkeit, sozialer Arbeitsmarkt, Transferleistungen		
	Den sozialen Arbeitsmarkt auch künftig sichern. Angebote, die sozialintegrativ ausgerichtet sind und einen späteren Einstieg in arbeitsfördernde oder berufsqualifizierende Maßnahmen vorbereiten. „Passiv-Aktiv-Transfer“ für Menschen mit besonderen Vermittlungshemmnissen ermöglichen. In öffentlich geförderter Beschäftigung mehr spezielle Programme für Frauen und Alleinerziehende auflegen (Bsp. Mütterzentrum). Konsequente, schnelle und frühzeitige Nutzung von Bundesprogrammen / Beteiligung (Bsp. „Modellregion“ zur Erprobung des Passiv-Aktiv-Transfers). (S. 50, alle Fraktionen)	SWAH, SJFIS	Die VHS ist mit einem umfassenden Veranstaltungsangebot an dem Programm „Neue Formate in der Weiterbildung“ der Senatorin für Kinder und Bildung beteiligt. Das mit Fördermitteln entwickelte Weiterbildungsangebot richtet sich an die Zielgruppe der sozial- und bildungsbenachteiligten Personen mit und ohne Migrationshintergrund und ist thematisch in einem oder mehreren der folgenden Schwerpunkte verortet: <ul style="list-style-type: none"> • Grundbildung, Alphabetisierung • Politische Bildung • Wert- und normenorientierte Bildung, interkulturelle Bildung

Personenkreis/ Lebenslage	Empfohlene Maßnahme	Zuständigkeit	Stand der Umsetzung
			<ul style="list-style-type: none"> • Integration von Zugewanderten • Qualifizierung von Ehrenamtlichen Elternbildung, Erziehungskompetenzen, auch Qualifizierung von Elternlotsen In Bremerhaven werden die ESF-Bundesprogramme „Integration von AsylbewerberInnen/Flüchtlingen“, „Mütter mit Migrationshintergrund-Stark im Beruf“, „Xenos“, „Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier“, JOBSTARTER plus umgesetzt. Die Koordinierungs- und Beratungsstelle „Frau und Beruf“ bietet Frauen eine spezifische Existenzgründungsberatung und das „Netzwerk Chancen für Alleinerziehende in Bremerhaven“ betriebliche Aus- und Weiterbildung bzw. Umschulung in Teilzeit an. Außerdem werden durch jährlich etwa 1,5 Mio. Euro kommunale Arbeitsmarktmittel Maßnahmen zur Beschäftigung und Qualifizierung von Langzeitarbeitslosen bei Bremerhavener arbeitsmarktpolitischen Dienstleister finanziert (Projektliste).
	Integration von Langzeitarbeitslosen: Langzeitarbeitslose Eltern als bevorzugte Zielgruppe. (S. 51, alle Fraktionen)	SWAH, SJFIS	Es wird ein „Bremerhavener Modell“ umgesetzt als Kooperationsprojekt des JC Bremerhaven und des Amtes für Jugend, Familie und Frauen
	Stärkere Beteiligung der privaten Wirtschaft an der Integration von Langzeitarbeitslosen, Vorbild „Bremer Vereinbarung zur Ausbildung.“ (S. 51, SDP, Bündnis 90 / Die Grünen, der CDU)	SWAH, SJFIS	Die Stadt Bremerhaven ist in der „Bremer Vereinbarung für Ausbildung und Fachkräftesicherung“ u. a. durch den Magistrat, Bereiche Arbeit und Bildung, und den Arbeitgeberverband vertreten.
	Erhöhung der Transferleistungen für Familien mit niedrigem Haushaltseinkommen. (S. 48, DIE	SWAH, SJFIS	

Personenkreis/ Lebenslage	Empfohlene Maßnahme	Zuständigkeit	Stand der Umsetzung
	LINKE)		
Armut und Migration	Integration, gesellschaftliche Teilhabe von Flüchtlingen		
	Integration von Flüchtlingen von Anfang an. Verbesserung und Professionalisierung der Instrumente zur Förderung von Flüchtlingen, insbesondere von (unbegleiteten) Flüchtlingskindern. (S. 33, alle Fraktionen)	alle	<p>Koordination der Integrationsarbeit Die Koordination der Integrationsarbeit in der Stadt Bremerhaven obliegt dem Sozialamt. Es ist in diesem Zusammenhang Ansprechpartner für die verschiedenen Akteure, die in diesem Bereich in Bremerhaven tätig sind sowie für Landesbehörden und Gremien. Nach längerer Zeit personeller Vakanzen ist zur verbesserten Wahrnehmung dieser Aufgabe seit Dezember 2015 die Stelle „Koordination für Integration und Chancengleichheit“ im Sozialamt besetzt. Mit dieser konzeptionell und strategisch arbeitenden Stelle wird des Weiteren neben der regelmäßigen Durchführung von Integrationskonferenzen, der Fortführung des Integrationskonzeptes und des Aufbaus eines Integrationsmonitorings auch die Optimierung der Netzwerkarbeit in der Integrationsarbeit angestrebt. Daneben berät das Sozialamt Menschen mit Migrationshintergrund mittels einer eigenen Beratungsstelle.</p> <p>Bremerhavener Integrationskonferenz 2016: Am Freitag, den 15. Januar 2016, hat die Seestadt Bremerhaven zur Integrationskonferenz „Flüchtlinge und Zuwanderung“ eingeladen, um Gelegenheit für</p>

Personenkreis/ Lebenslage	Empfohlene Maßnahme	Zuständigkeit	Stand der Umsetzung
			<p>einen themenspezifischen Informations- und Erfahrungsaustausch zu schaffen. Knapp 200 haupt- und ehrenamtliche Akteure unterschiedlicher Handlungsfelder, Handlungsebenen und Gremien und interessierte Bürger und Bürgerinnen haben einschlägigen Handlungsbedarf und Zukunftsperspektiven gemeinsam diskutiert. Die Konferenz zeigte insgesamt einen großen Informations- und Austauschbedarf unter den Akteuren der Flüchtlingsarbeit, insbesondere an der Schnittstelle zwischen Ehren- und Hauptamtlichen. Konkret wurden auf der Konferenz folgende weitere Schritte festgehalten: Organisation einer Auftaktveranstaltung für regelmäßige Austauschtreffen von in der Flüchtlingsarbeit Tätigen (zuständig: eine sich auf der Konferenz zusammengefundene Vorbereitungsgruppe, Vernetzung über das Sozialamt); Gründung eines Fachbeirats „Kultur und Flüchtlinge“ (zuständig: Dezernat IV, Stadtrat Frost) und Gründung eines Runden Tisches zum Thema Weiterbildung/Arbeit. Des Weiteren ist aus der Konferenz eine weiterhin tagende Arbeitsgruppe „Stadtteilentwicklung“ hervorgegangen. Ferner wurde der Bedarf an gebündelten einschlägigen Informationen speziell über die Situation in Bremerhaven über digitale Medien (bspw. Apps) sowie vor allem die Notwendigkeit einer stadtweiten Koordinierungsstelle für ehrenamtliche Flüchtlingsarbeit mehrfach</p>

Personenkreis/ Lebenslage	Empfohlene Maßnahme	Zuständigkeit	Stand der Umsetzung
			<p>hervorgehoben. Die Konferenzergebnisse werden in den im Frühjahr 2016 tagenden Fachbeirat Integration eingespeist und dort weitere Umsetzungsschritte diskutiert.</p> <p>Weitere Projekte, wie Sprachmittlerpool und Einführung niedrigschwelliger Arbeitsgelegenheiten während des Asylverfahrens, sind in Vorbereitung.</p> <p>Integration von Flüchtlingen als Querschnittsaufgabe der Stadtverwaltung Die Integration von Flüchtlingen ist als Querschnittsaufgabe in der Stadtverwaltung verankert. Es gibt mehrere ämterübergreifende Arbeitsgruppen zum Thema Flüchtlinge (u.a. AG Flüchtlinge, die Geschäftsführung obliegt dem Sozialamt), die sich regelmäßig treffen und abstimmen.</p> <p>Im schulischen Bereich wurden folgende Maßnahmen eingerichtet: Willkommenskurse Außerschulischer Vorbereitungskurs <u>Zielgruppe:</u> alle neuangekommenen schulpflichtigen Schüler/innen von Klasse 1-10 <u>Inhalt:</u> Kennenlernen der Stadt und des gesellschaftlichen Umfeldes, Abläufe und Regeln in der Schule, erste Kontakte mit der deutschen Sprache Seiteneinsteigerkurse <u>Zielgruppe:</u> Grundschule Schüler/innen Klasse 1-4</p>

Personenkreis/ Lebenslage	Empfohlene Maßnahme	Zuständigkeit	Stand der Umsetzung
			<p>Inhalt: Integrative Beschulung mit Sprachförderung in äußerer Differenzierung. <u>Vorbereitungsklassen</u> <u>Zielgruppe:</u> Sekundarstufe I Schüler/innen Klasse 5 – 10 Inhalt: a) Integrative Beschulung mit Sprachförderung in äußerer Differenzierung b) Sprachlerngruppen zur Vorbereitung auf den Regelunterricht mit fließendem Übergang in die Regelklasse <u>Berufswahlvorbereitungsklassen mit Sprachförderung an der Werkstatthochschule und Berufsschulen</u> <u>Zielgruppe:</u> Sekundarstufe II Schulpflichtige Schüler/innen ab 16 Jahre <u>Inhalt:</u> Sprachförderklassen mit berufsvorbereitenden Praxisanteilen. Ziel ist die Erlangung eines Abschlusses sowie die Überleitung in berufsqualifizierende Maßnahmen bzw. Vermittlung in Ausbildung.</p> <p>Beim Amt für Jugend, Familie und Frauen wird ein Fachdienst für unbegleitete minderjährige ausländische Kinder und Jugendliche im Rahmen des Allgemeinen Sozialen Dienstes geschaffen.</p> <p>Bei der Volkshochschule werden aktuell je 2 Kursveranstaltungen „Erstorientierung und Deutsch für Flüchtlinge“ und „Basiskurs Deutsch A1 für Flüchtlinge“ mit insgesamt 85 angemeldeten Teilnehmenden durchgeführt. Ein weiteres Kursangebot für Flüchtlinge mit 20 Teilnahme-Plätzen befindet sich in der</p>

Personenkreis/ Lebenslage	Empfohlene Maßnahme	Zuständigkeit	Stand der Umsetzung
			<p>Planung. Die Kurse können nach einer Einzelberatung kostenlos belegt werden. Daneben bietet die Volkshochschule laufend vier Integrationskurse, die parallel laufen, mit insgesamt ca. 90 Plätzen an. Der Anteil der Flüchtlinge in diesen Kursen liegt derzeit unter 5%. In den vergangenen Wochen wurden allerdings für Flüchtlinge mit guter Bleibeperspektive zahlreiche Zulassungsanträge beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) gestellt, so dass sich die Zusammensetzung in den Integrationskursen im Laufe des Jahres 2016 deutlich verändern dürfte.</p> <p>Zum aktuellen Angebot der Volkshochschule gehören außerdem sechs Deutsch-Expresskurse (Lernstufen A1 bis B1) mit insgesamt 100 Plätzen, die zu etwa 50% von Flüchtlingen belegt werden. An weiteren zehn Fortgeschrittenenkursen mit ca. 150 Plätzen (Deutsch Lernstufen B1+, B2 und C1) nehmen derzeit noch keine Flüchtlinge teil.</p> <p>Flüchtlinge (Asylbewerber/-innen) werden in Integrationskursen kostenlos aufgenommen, solange die Plätze nicht von anderen Interessent/-innen beansprucht werden. Die Zahl der Interessent/-innen für A1-Kurse übersteigt zurzeit deutlich die Anzahl der zur Verfügung stehenden Plätze.</p> <p>Für die Teilnahme an Express- und Aufbaukursen werden Asylbewerber/-innen auf Antrag von den Kursgebühren befreit. Lerntempo bzw. Sprachniveau sind jedoch nur</p>

Personenkreis/ Lebenslage	Empfohlene Maßnahme	Zuständigkeit	Stand der Umsetzung
			<p>für einen geringen Teil der Interessent/-innen geeignet.</p> <p>Mit der Bremerhavener Beschäftigungsgesellschaft „Unterweser“ mbH wird eine Maßnahme für Flüchtlinge nach dem Asylbewerberleistungsgesetz umgesetzt.</p>
	<p>Gezielte Einbindung von Migrantinnen und Migranten in soziale Strukturen. Aktivierung ihrer sozialen und gesellschaftlichen Verantwortung und Beteiligung, verbesserte „Willkommenskultur“; Vermeidung von kulturell-herkunftsbezogener Segregation, verbesserte Einbindung in ehrenamtliche Strukturen, hierzu Unterstützung von Sportvereinen und kulturellen Einrichtungen, Förderung von Patenschaften, Verbesserung der Netzwerkarbeit. (S. 34, alle Fraktionen).</p>	alle	<p>Einbindung von Migrant*innen: Der Rat ausländischer Mitbürger*innen Bremerhaven (RaM) wirkt in unterschiedlichen Arbeitsgruppen mit, u.a. in der „AG Partizipation und Bewusstseinsbildung“. Unter Federführung des Sozialamts plant und organisiert diese die Bremerhavener Integrationskonferenzen.</p> <p>Verbesserung der Netzwerkarbeit: Siehe Ausführungen unter „Integration von Flüchtlingen von Anfang an“ zur Koordinationsstelle Integration und Chancengleichheit und zur Integrationskonferenz 2016.</p> <p>Im Rahmen der „Partnerschaft für Demokratie Bremerhaven“ werden entsprechende Projekte durch das Amt für Jugend, Familie und Frauen unterstützt.</p> <p>Für die Entwicklung eines Weiterbildungsangebotes zur interkulturellen Öffnung respektive von Übergängen vom</p>

Personenkreis/ Lebenslage	Empfohlene Maßnahme	Zuständigkeit	Stand der Umsetzung
			<p>migrantenspezifischen Angebot zum Regelangebot hat die VHS im Mai 2015 eine aus Drittmitteln finanzierte überplanmäßige Teilzeitstelle eingerichtet.</p> <p>Dringend notwendige Angebote der Grundbildung dienen der Demokratisierung der beruflichen Integrations- und der gesellschaftlichen Teilhabemöglichkeiten. Kulturelle und gesundheitsbezogene Techniken sichern die Möglichkeiten eines Sich-Verortens, einer Bearbeitung von Identitätsfragen und von Gesundheitsförderung. Angebote der beruflichen Fortbildung haben eine stabilisierende und weiterführende Funktion in den Lebensläufen.</p> <p>Bei der Stadt Bremerhaven besteht eine Freiwilligenagentur, die sich in der freiwilligen Flüchtlingsarbeit besonders engagiert.</p>
	<p>Prüfung, ob Bezeichnungen der Einrichtungen in der Sozial- und Bildungslandschaft transparenter gestaltet und sprachlich deutlicher ihren Tätigkeitsfeldern zugeordnet werden können. (S. 34, alle Fraktionen)</p>	<p>SJFIS SKB SWGCV</p>	
	<p>Verankerung der besonderen Zielgruppe der älteren Menschen mit Migrationshintergrund in der aufsuchenden Altenarbeit. Erarbeitung eines Konzepts zur besseren gesellschaftlichen und sozialen Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund im Rentenalter (Bsp. Erfahrungen aus bewährten Projekten der Altenhilfe).</p> <p>Ankererkennung interkultureller Einrichtungen als</p>	<p>SJFIS</p> <p>SKB</p>	

Personenkreis/ Lebenslage	Empfohlene Maßnahme	Zuständigkeit	Stand der Umsetzung
	<p>Weiterbildungsträger. (S. 34, alle Fraktionen).</p> <p>Evaluation bestehender Beratungsangebote für Menschen mit Migrationshintergrund im Hinblick auf die „neue“ Zielgruppe der südosteuropäischen Bürgerinnen und Bürger (u.a. bezogen auf die Bekämpfung ausbeuterischer Arbeitsverhältnisse und/oder illegaler Beschäftigung und damit veränderte Anforderungen, z.B. stärkere Hinzuziehung von Kultur- und Sprachmittlerinnen und –mittlern sowie externen Fachleuten). (S. 34, alle Fraktionen).</p>	<p>SJFIS alle</p>	<p>2014 wurde aufgrund des starken Zuzugs von sog. neuen EU-Bürger*innen über Dezernat III und Sozialamt eine amts- und institutionsübergreifende einschlägige Arbeitsgruppe mit allen relevanten Akteuren eingerichtet. Das Sozialamt initiierte zudem unter Vollfinanzierung die Beratungsstelle für neue EU-Bürger*innen. Ergänzend zu diesem Angebot ist der Einsatz des Kontakta-Busses (ein Projekt der AWO Bremerhaven) für die Kinder der neuen EU-Bürger*innen auf Anregung des Sozialamtes erweitert und von ihm durch zusätzliche Fördermittel finanziert worden.</p> <p>Mittlerweile ist die Beratungsstelle ausgeweitet und über EHAP finanziert worden.</p> <p>Gerade der frühzeitige Spracherwerb ist bei der VHS die wesentliche Grundlage für die Integration in die Stadtgesellschaft, Bildung, Ausbildung und Berufstätigkeit. Um diese Aufgabe zu übernehmen, erhält die VHS eine personelle Verstärkung von 1,14 Stellen an hauptamtlich pädagogischem Personal für die Entwicklung und Umsetzung eines Grundbildungskonzeptes speziell für Flüchtlinge (pädagogische Fachexpertise) und zur Planung, Entwicklung und Organisation von Sprachkursangeboten speziell für Flüchtlinge sowie 1,0 Stellen für die diesbezügliche Sachbearbeitung.</p>

Personenkreis/ Lebenslage	Empfohlene Maßnahme	Zuständigkeit	Stand der Umsetzung
	<p>Verstärkte Berücksichtigung herkunftsbezogener und kultureller Aspekte und unterschiedlicher Migrationsmotive bei der Konzeption von Maßnahmen in allen Bereichen. (S. 35, alle Fraktionen).</p> <p>Gesetz zur Partizipation und Integration als übergreifender Rahmen für integrationspolitische Vorgaben, Ansätze und Initiativen. (S. 35, DIE LINKE).</p>	<p>Alle</p> <p>SJFIS</p>	<p>Die Zielgruppe Flüchtlinge wird in der Fortführung des Bremerhavener Integrationskonzeptes in jedem Handlungsfeld berücksichtigt werden.</p> <p>Alle Schulen sind aufgefordert eine Willkommenskultur zu etablieren. Schulen berücksichtigen unterschiedliche Kulturen im Unterricht und in der Schule.(mehrsprachige Briefe, Aushänge, Bücher, unterschiedliche Religionen im Unterricht, kulturelle Besonderheiten) Angebote des Lehrerfortbildungsinstituts unterstützen diese Entwicklung.</p>
	<p>Stadtteilnahe und intensive Förderung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge. (Gemeinsame Vorschläge der Fraktionen)</p>	<p>SJFIS</p>	<p>Träger von ambulanten und stationären Hilfen zur Erziehung für unbegleitete minderjährige ausländische Kinder und Jugendliche fördern diese bei Bedarf intensiv und arbeiten grundsätzlich an der Integration in den Sozialraum, z.B. durch die Mitgliedschaft der UMA in Sportvereinen.</p>
<p>Armut von Kindern und Jugendlichen/ Armut und Migration/Bildung</p>	<p>Verbesserung der Ressortzusammenarbeit Kinder, Jugend, Bildung, Gesundheit, auch mit weiteren Institutionen</p>		
	<p>Institutionalisierung der Zusammenarbeit. (S. 23, 43 alle Fraktionen)</p>	<p>SKB</p>	
	<p>Zusammenfassung der Kinder, Jugend und Bildung betreffenden Zuständigkeiten in Verantwortung des Bildungsressorts. (S. 23, 31, 44, CDU)</p>	<p>SKB</p>	
	<p>Schaffung eines ressortübergreifenden Referats</p>	<p>SKB</p>	

Personenkreis/ Lebenslage	Empfohlene Maßnahme	Zuständigkeit	Stand der Umsetzung
	„frühkindliche Bildung“ mit eigenem Budget. (S. 23, 31, 44 LINKE)		
	Ununterbrochene Präventionsketten durch verbesserte Abstimmung von „Maßnahmen“. Vertrauensvolle Zusammenarbeit und Vernetzung der Bereiche „Soziales“ und „Gesundheit“ (Behörden, Ämter, Vereine, Institutionen usw.). Bessere Abstimmung zwischen Schulen, Sportvereinen, Kultureinrichtungen u.a. außerschulischen Einrichtungen. (S. 23, alle Fraktionen)	SJFIS SWG SKB SfK	Die Bremerhavener Präventionskette mit der Orientierung am Lebensverlauf von Geburt bis zur Einmündung in Ausbildung/Beruf ist politisch beschlossen und befindet sich seit 2009 in der praktischen Umsetzung. Angebote der Frühen Hilfen wurden ausgebaut. Ziel ist es, Übergänge zu gestalten und Ämter, Einrichtungen und Dienststellen miteinander zu vernetzen sowie Angebote aufeinander abzustimmen. Es finden regelmäßige Treffen von altersbezogenen AGs und einer Steuerungsgruppe zur Begleitung der Prozesse statt.
	Deutliche Fortentwicklung der Verzahnung des Elementar- und Primarbereichs; Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den Ressorts Bildung und Soziales; Prüfung einer institutionellen Verzahnung. (S. 31, alle Fraktionen)	SKB	Die Bremerhavener Präventionskette mit der Orientierung am Lebensverlauf von Geburt bis zur Einmündung in Ausbildung/Beruf ist politisch beschlossen und befindet sich seit 2009 in der praktischen Umsetzung. Angebote der Frühen Hilfen wurden ausgebaut. Ziel ist es, Übergänge zu gestalten und Ämter, Einrichtungen und Dienststellen miteinander zu vernetzen sowie Angebote aufeinander abzustimmen. Es finden regelmäßige Treffen von altersbezogenen AGs und einer Steuerungsgruppe zur Begleitung der Prozesse statt.
Armut und Beschäftigung	Arbeit des Jobcenters		
	Verbesserung der Beratungs-, Vermittlungs- und Qualifizierungstätigkeit des Jobcenters und der	SWAH	

Personenkreis/ Lebenslage	Empfohlene Maßnahme	Zuständigkeit	Stand der Umsetzung
	Bundesagentur für Arbeit. (S. 53, alle Fraktionen)		
	Schaffung gezielter gruppenspezifischer und bedarfsgerechter Qualifizierungs- und Bildungsangebote bei den Jobcentern. (S. 53, alle Fraktionen)	SWAH	Diese Angebote sind wie im Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm aufgeführt geplant und werden entsprechend umgesetzt.
	Strategische Planung der Qualifikationsmaßnahmen des Jobcenters. (S. 53, alle Fraktionen)	SWAH	Erfolgt.
	Qualifizierung vor Vermittlung in ungelernete Tätigkeiten beim Jobcenter und bei der BA.	SWAH	Erfolgt soweit möglich und sinnvoll
	Qualifizierung von Frauen mit und ohne Migrationshintergrund mehr in den Vordergrund rücken. (S. 53, alle Fraktionen)	SWAH	Erfolgt durch bereits installierte ExpertInnen in jedem Team.
	Bestehende Förderinstrumente stärker modular ausrichten und individualisieren, Schwerpunkt: abschlussorientierte Weiterbildungen. (S. 53, alle Fraktionen)	SWAH	Erfolgt soweit möglich und sinnvoll
	Stärkere Ausrichtung auf abschlussbezogene Qualifizierung anstelle kurzfristiger Vermittlung. (S. 53, alle Fraktionen)	SWAH	Erfolgt soweit möglich und individuell umsetzbar
	Qualifizierung nur für eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung mit Entlohnung über der Niedriglohngrenze oder wenn sie als Trittstein für weitere Qualifizierungen dient. (S. 53, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE)	SWAH	Erfolgt
	Gezielte und kontinuierliche Steigerung der Beratungsqualität für Betroffene; systematische Personalentwicklung für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Jobcenter. (S. 53, alle Fraktionen)	SWAH, SJFIS, SF	Erfolgt
	Prüfung, ob Budgetreste des Jobcenters auf das nächste Jahr übertragen werden können. (S. 53, alle Fraktionen)	SWAH	Die Jährlichkeit des Haushaltes steht nicht in der Entscheidungsgewalt des Jobcenters.

Personenkreis/ Lebenslage	Empfohlene Maßnahme	Zuständigkeit	Stand der Umsetzung
Armut und Beschäftigung	Arbeitsmarkt unter frauenspezifischen Gesichtspunkten		
	„Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“; Verminderung von Unterschieden in Ausbildung, Bezahlung und bei Aufstiegschancen von Frauen und Männern; stärkere Förderung auskömmlicher Frauenerwerbstätigkeit. Geringere Lohnzuwächse in „frauentypischen“ Berufen als in männlich dominierten Branchen: Gegensteuerung vorwiegend von den Tarifvertragsparteien -sowohl für den privaten als auch den öffentlich finanzierten Bereich. (S. 59, alle Fraktionen)	SWAH SF	
	Armutsfeste Löhne im Bereich der öffentlich finanzierten Beschäftigung (Einflussnahme durch Bremer Senat). (Fraktion DIE LINKE)	alle	
	Gezieltes Programm zur Förderung von alleinerziehenden Frauen; Programm zur (assistierten) Aus- und Weiterbildung in Teilzeit. (S. 59, alle Fraktionen)	SWAH	<p>Die VHS bietet alleinerziehenden Frauen mit ALG-II-Bezug sowie jungen Menschen (19- bis 25-jährige), die Arbeitslosengeld II beziehen und ihren ersten Wohnsitz in Bremerhaven haben, die Möglichkeit einen Schulabschluss zu erwerben. Hierzu führt die VHS bereits seit einigen Jahren die Lehrgänge „Vorbereitender Unterricht zum Erwerb der (einfachen) Berufsbildungsreife (e)BBR“ sowie „Vorbereitender Unterricht zum Erwerb des mittleren Schulabschlusses (MSR)“ durch.</p> <p>Durch ZIB (Zurück im Beruf), Regiestelle, in der Arbeitsförderungs-Zentrum im Lande Bremen GmbH erfolgt eine Beratung und Begleitung für Alleinerziehende in Teilzeit-Ausbildung und – Umschulung</p>

Personenkreis/ Lebenslage	Empfohlene Maßnahme	Zuständigkeit	Stand der Umsetzung
	Aufwertung sozialer Berufe, in denen vorwiegend Frauen beschäftigt werden; verstärkte Ausbildung im dualen System. (S. 60, alle Fraktionen)	SWAH	
	Ermutigung und Unterstützung von Frauen, gewerblich-technische oder handwerkliche Berufe zu ergreifen; gezielte Beratungsangebote unterstützen. Fachkräftepotential dieser Frauen für den Arbeitsmarkt erschließen. (S. 60, alle Fraktionen)	SWAH	Es besteht eine Beratungsstelle „Frau und Beruf“ in der Arbeitsförderungs-Zentrum im Lande Bremen GmbH
	Arbeitsmarktpolitische Instrumente wie bisher verstärkt auf Integration von Frauen in den ersten Arbeitsmarkt hin überprüfen. (S. 60, alle Fraktionen)	SWAH	In allen mit öffentlichen Mitteln geförderten Maßnahmen sind hohe Zielzahlen für den Frauenanteil vereinbart.
	Abbau struktureller Benachteiligung von Frauen als Querschnittsaufgabe verstehen und Ansätze zur Frauenförderung in zukunfts- und existenzsichernden Branchen weiterentwickeln. (S. 60, alle Fraktionen)	SWAH	
	Zusätzliche Vorqualifizierungsangebote entwickeln, die den Zugang zu abschlussorientierten, einzelbetrieblichen und Gruppenumschulungen im gewerblichen Bereich (Bsp. Hafenwirtschaft, Logistik, Wind, Ernährungswirtschaft) eröffnen. (S. 60, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)	SWAH	
	Prüfung, welche fachschulischen Ausbildungen in das duale System überführt werden können. BAföG nach einer zweijährigen Ausbildung bei weiter aufbauenden Qualifizierungsmaßnahmen kurzfristig weiter zahlen. (S. 60, alle Fraktionen)	SKB SWAH	
	Prüfung der Erweiterung der bestehenden Cluster in der Wirtschaftsförderung des Landes, in die bisher überwiegend Männer vermittelt wurden um	SWAH	

Personenkreis/ Lebenslage	Empfohlene Maßnahme	Zuständigkeit	Stand der Umsetzung
	ein weiteres Cluster, das faktisch mehr Frauen beschäftigt (Bsp. Gesundheitswirtschaft, Lebensmittelindustrie, Dienstleistungsbereich).(S. 61, alle Fraktionen)		
	Sicherstellen, dass bei der Umsetzung des <u>BAP</u> und im bestehenden <u>LIP</u> stärker als bisher die Arbeitsplatzförderung für männerdominierte Branchen durch Frauenarbeitsplatzförderung ersetzt wird. Interventionen des neuen BAP so ausschreiben, dass sie zu den bisherigen geschlechtergerechten Merkmalen einen zusätzlichen frauenarbeitsmarktpolitischen Förderansatz beinhalten. (S. 61, alle Fraktionen)	SWAH	
	Förderung nachhaltiger Existenzgründungen und Betriebsübernahmen besonders für Frauen.(S. 61, alle Fraktionen)	SWAH	Eine Existenzgründungsberatung für Frauen in Bremerhaven erfolgt durch die Beratungsstelle bei der Arbeitsförderungs-Zentrum im Lande Bremen GmbH
	Evaluierung und Kennziffernentwicklung aller vom Land Bremen für Frauen verausgabten Fördermittel, die den Verbleib der Frauen nach Maßnahmeende beinhalten. (S. 61, alle Fraktionen)	SWAH	
	Entgeltgleichheitsgesetz mit verbindlichen Regelungen, wirksamen Sanktionen und Verbandsklagerecht schaffen. Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft, in dem Betriebe und Tarifpartner zu aktiven Gleichstellungsmaßnahmen verpflichtet werden. (S. 61, SPD, Bündnis 90 / Die Grünen, DIE LINKE)	SWAH	
	Verstetigung von Projekten, die sich bewährt haben. Durchgängige und bedarfsgerechte	SWAH	

Personenkreis/ Lebenslage	Empfohlene Maßnahme	Zuständigkeit	Stand der Umsetzung
	Finanzierung von Qualifikations- und Förderprojekten für Mädchen und Frauen. Gezielte und passgenaue Ausweitung der beruflichen Weiterbildung für Frauen. (S. 61 f., alle Fraktionen)		
	Verbesserung der Rentenabsicherung von Frauen. Prüfung, inwieweit Pflege- und Fürsorgearbeit im Rentensystem anerkannt werden können (Abkehr von der „Zuverdienerinnen-Theorie“). (S. 62, alle Fraktionen)	SWGv	
	Abschaffung des Ehegattensplittings und des Betreuungsgelds. (S. 62, SPD, Bündnis 90 / Die Grünen, DIE LINKE)	SF SJFIS	
	Besonderes Augenmerk auf die Belange von Alleinerziehenden bei einer Reform des Ehegattensplittings legen. (S. 62, CDU)	SF	
Armut und sozialräumliche Instrumente	Sozialraumbezogene Maßnahmen, Städte- und Wohnungsbau		
	Finanzierung: Die Mittelbewirtschaftung, Antragstellung und Dokumentation so einfach und unbürokratisch wie möglich ausgestalten (harmonisierte, kontinuierliche und möglichst aufeinander abgestimmte Programme und Projekte mit möglichst einfach und klar gehaltenen Bedingungen). (S. 65, alle Fraktionen)	SUBV SJFIS	
	Insgesamt Verstärkung erfolgreicher sozialräumlich ausgerichteter Projekte, ggf. Integrieren in die bestehende Regelversorgung. (S. 65, alle Fraktionen)	SUBV SJFIS	
	Mittel für stadtteilbezogene Projekte möglichst langfristig planbar bereitstellen. Fundraising und	SUBV SJFIS	

Personenkreis/ Lebenslage	Empfohlene Maßnahme	Zuständigkeit	Stand der Umsetzung
	Drittmittelinwerbung keine (Haupt-) Aufgabe für Quartierszentren. (S. 65, alle Fraktionen)		
	Projekte durch die öffentlichen Haushalte voll ausfinanzieren, Fundraising grundsätzlich kein Mittel der Finanzierung von stadtteilbezogenen Projekten. (S. 65, DIE LINKE)	SUBV SJFIS	
	. „WiN“ weiterentwickeln und weiterhin durch Verknüpfung mit anderen Programmen wie u.a. LOS stärken. (S. 65, alle Fraktionen)	SUBV SJFIS	In Bremerhaven gibt es das Programm „WiN“ in der in Bremen durchgeführten Form nicht.
	Die voraussichtlich ab 2016 zusätzlich zur Verfügung stehenden Bundesmittel für die Städtebauförderung und für das Programm „Soziale Stadt“ im gesamten Umfang durch bremische Mittel gegenfinanzieren und im Schwerpunkt für Wohnen in Nachbarschaft-Gebiete einsetzen. Sicherstellen, dass alle Mittel abgerufen und genutzt werden. (S. 65, alle Fraktionen)	SUBV SJFIS	
	Für die Förderperiode 2016-2022 des WiN-Programms prüfen, ob ein neuer Gesundheitsschwerpunkt entwickelt und wie dieser finanziell mit den Bundesmitteln, die nach neuem Präventionsgesetz in den Stadtteilen eingesetzt werden können, abgesichert werden kann. (S. 65, alle Fraktionen)	SUBV SJFIS	
	Für die neue Förderperiode prüfen, in welchem Maß und welchem Zeitraum bei Win-Gebieten, die sich gut entwickelt haben, Förderung wirklich herabgesetzt werden soll. Den absehbar kontinuierlichen Zuzug von Flüchtlingen und Zuwanderern berücksichtigen. „Lokales Kapital für soziale Zwecke“-Programm erhalten. (S. 65, alle Fraktionen)	SUBV SJFIS	Durch die geänderten Zuwendungsvoraussetzungen für „LOS“ sind die Mittel in der neuen Förderperiode für Bremerhaven nur noch sehr eingeschränkt nutzbar.

Personenkreis/ Lebenslage	Empfohlene Maßnahme	Zuständigkeit	Stand der Umsetzung
	Verwahrlosungstendenzen, hoher Fluktuation, Leerständen und dem Verfall der baulichen Substanz stärker als bisher, auch präventiv entgegenwirken. (S. 66, alle Fraktionen)	SUBV	
	Private Wohnungsbaugesellschaften überzeugen, sich an ortsteilverbessernden Maßnahmen zu beteiligen, ggf. auch durch Schaffung eines Vorkaufsrechts für die Stadt. (S. 66, alle Fraktionen)	SUBV	Ein Vorkaufsortsgesetz besteht seit 2009. Derzeit wird eine Neufassung mit Aufnahme von ca. 15 weiteren Immobilien geplant. Die Zusammenarbeit mit den Wohnungsbaugesellschaften wird derzeit weiter ausgebaut (ortsteilverbessernde Maßnahmen).
	Keine öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften oder Teile davon verkaufen. (S. 66, SPD, Bündnis 90 / Die Grünen, DIE LINKE)	SUBV	
	Möglichkeit schaffen, notfalls private Wohnungsbaugesellschaften zu übernehmen. (S. 66, DIE LINKE)	SUBV	
	Förderung von Projekten, die den sozialen und kulturellen Erfahrungshorizont außerhalb des eigenen Stadtteils erweitern und der allgemeinen Teilhabe von Kindern und Jugendlichen dienen. (S. 66, alle Fraktionen)	SfK, SJFIS	Im Rahmen der „Partnerschaft für Demokratie Bremerhaven“ werden entsprechende Projekte unterstützt.
	Intensivierung der konkreten Unterstützung der Kinder und Jugendlichen im Alltag (Bsp. Gesundheitsförderung, schulische Nachhilfe). (S. 66, alle Fraktionen)	SWG SKB SJFIS	Im Rahmen der „Partnerschaft für Demokratie Bremerhaven“ werden entsprechende Projekte unterstützt.
	Verstärkung der Tätigkeit der Sprach- und Kulturmittlerinnen und –mittler; Verstetigung ihrer Tätigkeiten und Prüfung, ob eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung möglich ist. (S. 66, alle Fraktionen).	SJFIS	
	Intensivere Öffnung von Seniorenwohneinrichtungen und Seniorenbegegnungsstätten zum Stadtteil hin.(S.	SJFIS	

Personenkreis/ Lebenslage	Empfohlene Maßnahme	Zuständigkeit	Stand der Umsetzung
	66, alle Fraktionen)		
	Stärkung und Ausbau von Quartiersbildungszentren und Mehrgenerationenhäusern sowie gemeinschaftlichen Wohnformen.(S. 67, alle Fraktionen).	SKB SUBV SJFIS	Im Jahr 2015 wurde das Wohnprojekthaus Lutherstraße 4a im Ortsteil Lehe-Goethestraße bezogen. Es ist als ein Gemeinschaftsprojekt zwischen Städtischer Wohnungsgesellschaft und Stadtplanungsamt entstanden.
	Weiteres Vorantreiben der Entwicklung von quartiersbezogenen Maßnahmen insgesamt. (S. 67, alle Fraktionen)	SUBV SJFIS	In Bremerhaven ist die Einrichtung von Quartiersmeistereien bisher nur in einigen Stadtteilen umgesetzt worden.
	Weiterhin verstärkte und stadtteilübergreifende Vernetzung zwischen den quartiersbezogenen Konzepten und den damit Beteiligten (Ziele: „Voneinander-Lernen“, Vermeidung von Redundanzen, Verbesserung der Ressourcengewirtschaftung, kontinuierliche Wirkungskontrolle. (S. 67, alle Fraktionen)	SUBV SJFIS	
	„Neben allen gesellschaftlichen Gruppen und Kulturen sind insbesondere Männer in die Quartiersarbeit einzubeziehen.“ (S. 67, alle Fraktionen)	SUBV SJFIS	